

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gdr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alte Markt

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 4,00.— M., durch die Post bezogen monatlich 4,50.— M., unter Frangierlohn für Deutschland wöchentlich 1,20.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonnabendnummer 200.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Ugepaltene Nonpareille 400.— M., auswärts 500.— M., die 8gepaltene Reklamezeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Anschlag 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Dreierbeleg 150 M.

Nr. 60

Dresden, Montag den 12. März 1923

34. Jahrg.

Das Schicksal des Geldentwertungsgesetzes

Von Paul Derk

Die Vorgänge in der Freitagsdebatte des Reichstags haben großes Aufsehen erregt. Alle Versuche der Sozialdemokratie im Steueraussschuß, dem Geldentwertungsgesetz einen annehmbaren und den Reichsinteressen dienenden Inhalt zu geben, waren von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt worden.

Es sei einer späteren Betrachtung überlassen, den gesamten Inhalt des sehr komplizierten Geldentwertungsgesetzes darzulegen. Für heute möge es genügen, die beiden Punkte kurz zu erläutern, die den parlamentarischen Konflikt zwischen Sozialdemokraten und dem bürgerlichen Steuerblock in der Freitagsdebatte des Reichstags hervorgerufen haben. Es handelt sich dabei erstens um den Tarif und zweitens um die Bewertung der Vermögensgegenstände.

Bereits die Regierungsvorlage hatte eine Erhöhung der Freigrenzen und eine Auseinanderziehung des Tarifs für die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer vorgesehen. Die Erhöhung der Freigrenzen, besonders für Rentner, die sich im Besitze von festverzinsten Werten befinden, oder für Besitzer von Papiermark ist zweifellos berechtigt. Ihr stimmt deshalb auch die Sozialdemokratie im Prinzip zu. Anders ist es jedoch mit der Auseinanderziehung des Tarifs. Das ist, wenn nicht gleichzeitig eine entsprechende Verschärfung der Bewertungsbestimmungen und der Zahlungsbedingungen erfolgt, eine Entlastung der Besitzenden. Die bürgerlichen Parteien gingen bei dem Tarif über die Regierungsvorlage hinaus. Sie verdoppelten nicht nur die Freigrenzen, sondern zogen auch den Tarif bei der Vermögenssteuer so auseinander, daß der Höchstbetrag der Steuer erst eintritt bei 60 Millionen statt der von der Regierung vorgeschlagenen 20 Millionen und einem bisherigen Satz von 10 Millionen. Das Gleiche ist der Fall bei der Erbschaftsteuer, wo die Beisätze des Vermögens ebenfalls die Regierungsvorlage überschritten. Bei der Zwangsanleihe sollte ein neuer milderer Tarif eingeführt werden.

Die Bedenken der Sozialdemokratie gegen diese Maßnahmen des Tarifs wurden noch wesentlich verstärkt durch die Forderung der Bewertungsbestimmungen für die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Zwangsanleihe und die Erbschaftsteuer sowie durch die überaus bedenklichen Bestimmungen über die Abzugsfähigkeit der Schulden und die Bewertung von ausländischen Zahlungsmitteln.

Für die Einkommensteuer soll das Betriebsvermögen nur mit einem Bruchteil — etwa einem Siebentel — seines Wertes am Einklage eingestuft werden. Ähnlich ist es bei der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe. Alle Sachwertbesitzer werden dadurch außerordentlich geschont, teilweise sogar völlig steuerfrei, selbst wenn sie großes Einkommen und erhebliche Vermögensbestände haben. Durch die zu niedrige Bewertung von Werten, Wertpapieren, Grundstücken usw. bei Abzugsfähigkeit der Schulden in voller Höhe wird ein Vorteil zur geschickten Steuerhinterziehung geschaffen. Ein helles Beispiel müßte das erläutern. Ein Besitzer von Werten oder Wertpapieren usw. im Werte von 10 Millionen Mark, die mit etwa 1,5 Millionen Mark einge-

schätzt sind, wird völlig steuerfrei, wenn er auf diese Vermögensgegenstände Schulden in Höhe von 1,5 Millionen Mark aufnimmt!

Noch schlimmer sind die Bestimmungen über die Bewertung von ausländischen Zahlungsmitteln. Auch hier hat man eine Kalkulationsmethode mit doppelter Moral. Hat ein Steuerpflichtiger ausländische Zahlungsmittel in seinem Besitze, so kann er sie nach einem Kurse einsetzen, der für das Jahr 1922 für den Dollar etwa 1030 beträgt. Hat er aber Schulden in Dollars aufgenommen, so kann er diese Schulden absetzen, indem er den Dollar entsprechend seinem Kursstande von Ende 1922, also mit über 7000, einsetzt. Das führt zu den ungeheuerlichen Steuerbefreiungen. Wenn Ende 1922 ein Steuerpflichtiger 100 000 Dollar Vermögen im Kassenfortlage liegen, gleichzeitig aber eine Schuld von 12 000 Dollar hatte, so hätte er nach normaler Bewertung 88 000 Dollar oder 1 1/2 Milliarden Mark Vermögen. Steuermäßig aber hat dieser Mann 88 Millionen Mark Aktiva und 84 Millionen Mark Passiva, also nur ein Vermögen von 4 Millionen Mark, während in Wirklichkeit die 88 000 Dollar gleich einem Papiermarkvermögen von 1 760 000 000 Mark entsprechen.

Solche Bestimmungen in Steuerergänzen sind wirtschaftlich, finanziell und moralisch gleich unerträglich. Die Sozialdemokratie kann sie nicht dulden. Nun ist zwar in der Debatte am Freitag die Wichtigkeit dieser Berechnungen bezüglich der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe angezweifelt worden. Aber alle Interessenten über diese Praxis, wie sich aus der gesamten Steuerliteratur und den Anweisungen der Steueramtsstellen der Unternehmerrganisation ergibt. Die Sozialdemokratie verlangt deshalb Klarstellung dieses Sachverhalts im Steuerergänze. Man kann eine derartige Regelung nicht der Verwaltung übertragen, wie es die Regierung beabsichtigt. Für die Einkommensteuer aber ist die Kritik der Sozialdemokratie gar nicht angefochten worden. Hier kann sie auch gar nicht kritisiert werden, denn in der vom Steueraussschuß beschlossenen Fassung des § 33a wird ausdrücklich „Steuerpflichtigen, bel denen die Art ihres Geschäftsbetriebes die ständige Beschaffung von fremden Zahlungsmitteln erfordert“, gestattet, sie genau so zu bewerten, wie Waren. Also: Banken, Indusrie, Handel, kurz alle Sachwertbesitzer, können ausländische Zahlungsmittel mit etwa einem Siebentel ihres Wertes vom 31. Dezember 1922 einsetzen. Das ist überdies auch dadurch völlig zweifellos, weil man ja den sozialdemokratischen Antrag, der ausländische Zahlungsmittel zum Kurswert am Bilanzstichtage berechnen will, abgelehnt hat.

Aus diesen nur die allerwichtigsten Punkte hervorhebenden Darlegungen geht einwandfrei hervor, wie weit wir von der Gerechtigkeit der Freitagsdebatte der Sozialdemokratie entfernt sind. Nicht die Sozialdemokratie trägt deshalb die Verantwortung für die Verschärfung der Erbschaftsteuer und des Geldentwertungsgesetzes, sondern die bürgerlichen Parteien, die trotz der so gespannten politischen Lage eine Steuerpolitik betreiben wollen, die die Reichsfinanzen schwer schädigt und das Steuerrecht vergrößert.

Die Not der Kirche und Die Kirche der Not

Die Not der Zeit hat auch vor der Kirche nicht Halt gemacht. Von der proletarischen der mittleren Schichten sind selbst die nicht ausgenommen, die — auch im materiellen Sinne — von Gottes Wort leben. Und vielleicht wird manchem, der bisher zu den eifrigsten Vertretern des Kapitalismus gezählt hat, und nun selbst in den kapitalistischen Ausbeutungsprozess hineingerissen wird, nun die Erkenntnis eingebleut werden, daß die kapitalistische Gesellschaftsform doch nicht so ganz mit der göttlichen Weltordnung übereinstimmt, und daß wir Sozialisten, die wir dieses Ausbeutungsstadium bekämpfen und eine bessere Gesellschaftsordnung an deren Stelle setzen wollen, doch nicht so ganz verdammenwert sind, wie es bisher so häufig von der Kanzel herab verkündet wurde. Vielleicht! Denn nicht nur die Liebe, sondern viel mehr noch der Glaube macht blind. Wird vor allem gegen die bescheidene Weisheit, daß mehr als ein Weg nach Rom und — zu Gott führt.

Die Not der Kirche ist unbestreitbar. Aber wenn der Kirche auf ihre zahllosen Not- und Hilfeschreie nicht mehr Gelder zugesprochen sind, so zeigt das auf neue, was von dem Christentum der oberen Schichten und von der christlichen Opferfreudigkeit dieser Kreise zu halten ist. Die Erklärung dafür darf man allerdings nicht etwa darin suchen, daß der Glaube in jenen Kreisen so sehr geschwunden ist. Die Religion ist bekanntlich „für's Volk“, nicht für die oberen Beurlaubten. Für die Erben, für die Kaiser und Könige von Gottes und von Geldsack Gnaden ist die Kirche selten mehr als ein brauchbarer Bundesgenosse zur Unterdrückung der arbeitenden Klassen gewesen. Und seitdem der kirchliche Einfluß auf die Schule gebrochen ist, hat die Kirche in den besitzenden Kreisen bedeutend an Vertrauen verloren. Die Tatsache, daß die reichen Christen ihre Gelder zwar den faschistischen Banken haufenweise in den Schoß werfen, aber für die christliche Kirche so gut wie nichts übrig haben, beweist, daß die Kirche von der kapitalistischen Klasse als Waffe im Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht mehr allzu hoch eingeschätzt wird.

Wir stellen das ohne Schadenfreude fest. Im Gegenteil! Wenn die Diener der Kirche durch den Schwanz zur wertvollen Arbeit an die Seite der Arbeiter gedrückt werden und infolgedessen dem Klassen- und Befreiungskampf der Arbeiterschaft nicht mehr so verhältnismäßig und feindselig gegenüberstehen, wie das bisher bei den meisten der Fall war, so können wir das nur begrüßen. Die Zahl unserer Feinde und Gegner ist auch so noch groß genug.

Doch interessiert uns weniger die Not der Kirche, als die Kirche der Not. Für die Arbeiterklasse heißt die Frage nicht, wie ändern wir die Not der Kirche, sondern wie stellt sich die Kirche zur Not der Zeit? Zwar hat die Kirche wie die politische Reaktion es trefflich verstanden, sich nach der Revolution ein neues Mäntelchen umzuhängen. Die Parteien der Junker und Großindustriellen wurden zu „Volksparteien“, die Klassenkirche bekam den Stempel „Volkskirche“ aufgedrückt. Aber mit den neuen Buchstaben ist kein neuer Geist in die geistlichen Gemüter eingeblasen. Und wenn auch gerade die Herren Geistlichen immer so sehr auf den Buchstaben schwören: auch bei ihnen kommt es letzten Endes auf den Geist und nicht auf den Buchstaben an. Und was wir in dieser Hinsicht in letzter Zeit in Sachsen erlebt haben, ist selbst vom Standpunkt des Kirchenanbängers einfach tröstlich. Die Verhaftung des Pfarrers Dr. Wehshofe, der sich bemühte, den Gottesdienst und die kirchlichen Einrichtungen in neuzeitlichem Geiste umzugestalten — die Mitteilung seiner Verhaftung ließ man ihm bekanntlich am Weihnachtabend zuhören — hat selbst in den kirchlichen Kreisen allgemeine Empörung geweckt. Ein anderer Fall kennzeichnet nicht weniger den unprotestantischen Geist des jetzigen Landeskonferenziums: Ein junger Kandidat der Theologie, der bei der Prüfung in seiner Predigt den Philosophen Nietzsche als einen Gottsucher bezeichnet hatte, der aber Gott nicht gefunden habe, und der sich standhaft weigerte, diese „keglerische“ Stelle aus seiner Predigt auszumergeln, wurde gezwungen, protokolllarisch sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Stelle „Anlaß zu Mißverständnissen gegeben habe“.

Selbst die Leipzig'ger Neuesten Nachrichten, denen man gewiß nicht vorwerfen kann, daß sie zu sehr für den Fortschritt sind, haben es offen ausgesprochen: „daß man in Sachsen von der echten Volkskirche noch weit entfernt ist“, und haben im Hinblick auf die geschichtlichen Vorkommnisse angedeutet, daß in Wirklichkeit noch eine konfessionell-faschistische Kirche besteht, die sich in Sachsen noch nicht einmal das unmittelbare Nachbarrecht zur Landeskonferenz hat. Und die Synodalversammlungen, die eigentlich schon im Januar hätten stattfinden müssen, sind immer weiter hinausgeschoben worden. Erst auf entschiedenen Einspruch vor allem der freien volkskirchlichen Vereinigung hat man sich dann veranlaßt gesehen, den Zeitpunkt für die Wahlen zur 12. ordentlichen Landeskonferenz festzusetzen. (Sie soll Ende nach Ostern stattfinden.) Am heutigen Tag aber tritt die alte, bereits im vorigen Jahre geschlossene Synode nochmals zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. An der Tagesordnung stehen zwar nur finanzielle Fragen. Aber selbst hierüber dürften die Meinungen auseinander zu liegen, da die Konfessionell-faschistische Vereinigung, daß der Nebenwerb der Pfarrer voll auf ihren Gehalt anzurechnen sei, lebhaften

Die Münchner Hochverräter

München, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Die amtlichen Mitteilungen über die Namen der in der Hochverratsache nach beschlossenen Persönlichkeiten zurechnen den Schleiern des bisher sorgfältig geschützten Geheimnisses und widerlegen schlagend die auch im letzten Münchner Volksbericht wiederholte Behauptung, daß politische oder sonst in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten bei der Verhaftung nicht beteiligt seien. So ist Privatdozent Dr. Arnold Ruge, Heidelberg, eine sehr bekannte und beachtete Persönlichkeit; sowohl die Angelegenheit des Staatsbetrages gegen diesen Antifaschistenhüpfel, wie seine Beteiligung an der Widerstandsbewegung auf Schloß Wessau in Oberbayern erregten seinerzeit begründetes Aufsehen. Die bei weitem interessanteste Persönlichkeit unter den in Ost Preußen in der Kaufmann Johann Berger, der mit Ruge zusammen der Führer des Bundes „Wähler“ (früher „Zentrum“) ist.

Vergleichen man die Kundgebung dieses Bundes „Wähler“ mit den landesverräterischen Taten seiner Führer, so hat man die politische Bedeutung in Reinkultur vor Augen. Derselbe Berger, der mit einem französischen Agenten in Verbindung trat, um die wohlwollende Neutralität Frankreichs für einen verabschiedeten Vorschlag in Paris zu erzielen, schrieb in dem Programm des Bundes „Zentrum“: „Wir lehnen jeden fremdländischen und fremden Einfluss auf unsere eigenen Verhältnisse ab und werden alles aufwenden, um einen solchen zu Fall zu bringen.“

Es ist höchst bemerkenswert, daß der extreme Antifaschismus als Deckmantel landesverräterischer Untertate gedient hat. Die Verleger Ruge und Berger befanden z. B., daß sie den „dunklen Drahtseilern der gegenwärtigen Weltpolitik, dem internationalen Juwentum“, trohen wollen und die Sachbänder dieser Politik als todeswürdige Landesverräter bezeichnen.

Durch die gemeinsamen Arbeit mit Berger und Ruge sind ohne Zweifel alle Persönlichkeiten kompromittiert, die im Bund „Wähler“ tätig waren, vor allem Regierungsbaumeister Schäfer, der persönliche Vertrauensmann General Ludendorffs seit 1918, insbesondere seit der Zeit des Kapp-Putsches. Bei der Rechenreihe des Bundes „Wähler“ sprach dieser Schäfer davon, daß die Kampfbanner sich im Winterziehen nach vor der nächsten Baumstämme beherrchen würden.

Die Behörden werden gut tun, sich eine Organisation besonders genau anzusehen, die nicht nur zum Landesverrat scheinelt,

sondern in der auch politische Mörder schuldgemäß unterstellt werden:

„Unser Bemühen stützt sich auf Kampfbanner und wird es sich zur besonderen ersten Aufgabe machen, diese Kampfbanner zu fällen, sie vor Schaden, Verleumdungen, und ihre Familien vor Beeinträchtigung zu schützen.“

Es kann nicht wundernehmen, daß sich die politischen Mächte der Wähler-Leute auf die Schaffung eines katholischen Donaukreises richteten, wenn man sich daran erinnert, daß diese Leute die Organisation Oberland zu gründen versuchten, weil diese ihnen als reichster zuzurechnen war und sie sich in riesigem Umfange auf katholische, insbesondere italienisch-italische Gelder, stützen konnten. Die Entladung Berger bedeutet eine ungeheure Wunde für die gesamte sogenannte vaterländische Bewegung in München. Schwarzweißer Landesverrat! Besonders blamiert durch die Beziehungen zu diesem Bund „Wähler“ ist Oberst von Ahlander, der als Ehrenpost in dem Bund „Wähler“ eine schwingende Wehrtruppe gehalten hat. Auch die Nationalsozialistische Partei steht in engstem Parteiverhältnis zu dem Bund „Wähler“. Der Oberkommandeur der nationalsozialistischen Sturmabteilung, Oberleutnant Klingh, entließ den Landesverräter vom Wähler den Gehalt der nationalsozialistischen Sturmabteilung, die in ihrem ersten Stoßtrupp vertreten war. Bei der letzten Felddienstaube am 4. März marschierte eine Abteilung „Wähler“ in der nationalsozialistischen Sturmabteilung. Nicht scharf genug können die Versuche der Polizeidirektion und der bürgerlichen Presse zurückgewiesen werden, die der Anknüpfung landesverräterischer Beziehungen zu französischen Agenten die harmlose Deutung zu geben versuchten, daß die Einrichtung eines Freigenetz Staates nur als Mittel zur Abwehr des drohenden Bolschewismus gedacht war. Dieser Schwindel ist zu durchsichtig, als daß irgend ein ernsthafter Mensch darauf hereinfallen dürfte.

Zusammenstoß in Ingolstadt

München, 11. März. Nach einer Meldung aus Ingolstadt kam es dort am Sonntagabend zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten, die dort eine Versammlung abhielten, und im Gewerkschaftshaus versammelten Sozialdemokraten. Zwei Arbeiter sollen durch Schüsse leicht verletzt worden sein.